



# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Januar 2016



## ★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,  
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

Die Weihnachtsfeiertage waren hoffentlich auch für Sie Gelegenheit, auszuruhen und etwas neue Kraft zu schöpfen. Denn 2015 hatte es in sich. Europapolitisch war es nicht allein das erste der Juncker-Kommission, in dem neue und an Anzahl insgesamt weniger politische Schwerpunkte festgelegt und die Organisationsstrukturen der Kommission den neuen Prioritäten angepasst wurden – und so etwas verläuft nie schnell und ohne Reibungsverluste, auch nicht in Hochleistungsverwaltungen wie der Europäischen Kommission. Es war auch das Jahr, in dem die Flüchtlings- oder Migrationskrise die Europäische Union vor ganz neue, bisher ungekannte Herausforderungen gestellt hat, die keine Übergangserscheinung sein dürften, sondern uns auch in Zukunft in Atem halten werden.



Wohl wenige hätten vermutlich vor einem Jahr vorhergesagt, wie schnell und heftig diese Krise die Sollbruchstellen in der Union offenlegen, die Brüchigkeit der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten deutlich machen und wie schonungslos sie aufzeigen würde, wie einzelne Mitgliedstaaten einmal mehr ohne Abstimmung mit ihren Nachbarn Maßnahmen ergreifen, die dann aber ganz erheblich Auswirkungen auf die Gemeinschaft oder zumindest Gruppen einzelner EU-Mitgliedstaaten haben würden. Und es kann schon entmutigen zu sehen, wie Staaten und Gesellschaften in der EU auf die Herausforderungen der Flüchtlingskrise mit einer regelrechten Wagenburgmentalität reagieren, als ob es dem einzelnen Staat in der modernen Welt der schnellen Verkehrswege und der Kommunikationsflüsse der sozialen Medien überhaupt noch möglich wäre, sich von der Außenwelt abzuschotten und auf eine vermeintliche Insel der Seligen zu retten. Nordkorea mag zu totaler Abschottung in der Lage sein, aber kein Staat und keine Gesellschaft, die sich auf die Werteordnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Grundrechtecharta und des Europarates gründen.

Welche europapolitischen Gedanken bewegen Sie Anfang 2016? Wie viel Optimismus ist möglich? Eines ist sicher: Auch wenn wir dem neuen Jahr mit Zuversicht entgegensehen, so gibt es doch wenig Grund zu der Annahme, dass es ein leichteres als sein Vorgängerjahr werden wird. Selbst wenn sich die makroökonomischen Daten wie z.B. die Arbeitslosenrate im Euroraum zuletzt stetig verbesserten, es darf daran gezweifelt werden, dass die strukturellen Probleme bereits gelöst seien. Stagnation und nationale Egoismen sind Kennzeichen des europäischen Kaleidoskops zu Jahresbeginn 2016:

Griechenland lässt weiter wenig Fortschritte dabei erkennen, die Wirtschafts- und Finanzkrise hinter sich zu lassen. Frankreich lässt wirtschaftliche Dynamik und Mut zu einschneidenden Reformen vermissen. In Polen hat eine Regierung das Ruder übernommen, die nach ungarischem Vorbild ein autoritäres Verständnis von der Rolle des Staates verfolgt, von dem zu überprüfen sein wird, wieweit es noch mit den Satzungen der Europäischen Union in Übereinstimmung zu bringen ist. Deutschland übt sich weiterhin in unabhängigen Alleingängen, ohne zu sehr auf die Interessen der Nachbarn zu achten – nicht nur in der Flüchtlingspolitik, sondern auch mit seiner Zustimmung zur Gaspipeline Nordstream II – und wundert sich dann, wenn die Nachbarn ihm die Solidarität versagen. Schweden und Dänemark schotten sich nach Süden hin ab. Bulgarien, Rumänien und Kroatien finden keinen Weg aus der Korruption heraus und haben ihre Mühe mit rechtstaatlicher Regierungsführung und einer Rechtsordnung, in dem europäische Richtlinien Beachtung finden, z.B. beim Wettbewerbsrecht, und nicht nur dort. Belgien ist erstaunt darüber, dass die Sicherheit seiner Kernkraftwerke in den Niederlanden und Deutschland offenbar ernster als im eigenen Land genommen wird. In Italien profiliert sich der Premier als Antipode zum deutschen Modell und Protagonisten des Widerstandes gegen eine Europäische Union unter angeblich deutscher Vorherrschaft. In vielen Mitgliedstaaten erstarben Kräfte weit rechts und abseits des demokratischen Spektrums – in Frankreich haben sie in



den Umfragen und bei den Regionalwahlen zumindest in einzelnen Teilen des Landes bereits eine relative Mehrheit. Und Großbritannien plant für 2016 das Referendum über seinen Verbleib oder den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Nachdem David Cameron es nunmehr selbst seinen eigenen Ministern freigestellt hat, sich dabei gegen die Europäische Union zu positionieren, muss man schon recht optimistisch veranlagt sein, um noch einen europapolitisch erfreulichen Ausgang dieser Volksabstimmung zu erwarten – und der Umstand, dass immer wieder allein das mögliche Auseinanderbrechen des Vereinigten Königreiches als stärkstes Argument für den Verbleib des Landes in der EU genannt wird, lässt aus der Sicht eines europäischen Föderalisten auch keine rechte Freude aufkommen.

Noch ist es zu früh zu sagen, ob 2016 ein Jahr der Entscheidung über den weiteren Weg der EU werden wird. Immerhin lässt es aufmerken, dass in den Think Tanks und Regierungskanzleien nicht nur über die Konsequenzen



eines Brexit nachgedacht wird, sondern auch unter dem Druck des internationalen Terrorismus und der Massenmigration gefragt wird, ob das Schengen-System überhaupt zu retten sei. Stattdessen reflektiert

der ein oder andere inzwischen schon über den Sinn der Errichtung von Mini-Schengens wie z.B. eines aus Benelux, Deutschland, Österreich und Frankreich oder eines der nordischen Staaten.

Zweifellos – es knackt und ächzt schwer im Gefüge der Union der 28. Und wir, all diejenigen, die die europäische Integration unterstützen, müssen uns fragen, was da falsch läuft. Warum sieht eine große Zahl der Bürger die EU nicht als Teil der Lösung der heutigen Probleme, sondern steht ihr neutral, wenn nicht sogar immer häufiger negativ gegenüber? Wie kann es sein, dass die Bürger Mitte des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ihre Rechte und Interessen häufig besser durch den Nationalstaat geschützt glauben als durch den Staatenverbund der Europäischen Union?

Dies sind Fragen an die Funktionsweise der Union und ihrer Institutionen – angefangen mit dem Rat! Aber es sind auch Fragen an die Medien, die politischen Klassen in den Mitgliedstaaten, an die Erziehungssysteme... Wie kommt es, dass den eigenen Staaten und politischen Mechanismen in der Regel mehr Vertrauen entgegen gebracht wird als denen der EU? Warum wird vielerorts dem nationalstaatlichen Rahmen eine Problemlösungskompetenz zugebilligt, die er doch nirgends und niemals wirklich hat unter Beweis stellen können? Wie ist es zu erklären, dass der EU fortwährend Langsamkeit, Bürokratismus und Unwirksamkeit bei der Lösung der Probleme unterstellt wird, aber so gut wie nie hinterfragt wird, ob diese Vorurteile berechtigt sind, ob der eigene

Staatsapparat effektiver und effizienter handeln könne und es praktisch nie ins Auge fällt, dass es auch ein Mangel an Rechtstreue und europäischer Solidarität des eigenen Staates ist, der dazu beiträgt, dass die Europäische Union insgesamt nicht so dynamisch handeln kann wie es zur Lösung der großen Aufgaben der Zeit erforderlich wäre?

Diese Fragen werden uns im Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland im neuen Jahr in Diskussionen und bei unseren Veranstaltungen begleiten. Wichtig dabei ist, dass wir nicht nur untereinander sprechen, sondern diese Fragen und unsere europapolitischen Einsichten auch nach außen tragen: kritische Einwände gegenüber der Funktionsweise der EU in unser berufliches Umfeld, um Verbesserungen und Kurskorrekturen anzustoßen, und Kritik am Mythos der Kompetenz des Nationalstaates in unsere Familien- und Freundeskreise, in unser Umfeld nach Deutschland und zu den Bekannten die wir in den Mitgliedstaaten haben. Die Frage kann nicht heißen, Europa ja oder nein, sondern: welches Europa? Wie muss Europa beschaffen sein, um unserer Werteordnung, unserem Gesellschaftsmodell, ja unserer Zivilisation und jedem Mitbürger eine möglichst gesicherte Zukunft zu verschaffen.

Ihr Vorstand und ich freuen uns, Sie zur Diskussionen darüber bei unseren zahlreichen Veranstaltungen im neuen Jahr begrüßen zu können! Ihnen allen ein glückliches und gesundes 2016!

Ihr Dr. Michael Köhler

## Veranstaltungsberichte

### ★ "Überfordert, unfähig, überflüssig? – die Europäische Union in der Krise"

Finanzkrise, Griechenland, Migration – selten hat ein Jahr die Europäische Union so an ihre Grenzen gebracht wie 2015. Vor diesem Hintergrund luden der Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland und die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU am 2. Dezember zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel "Überfordert, unfähig, überflüssig? – die Europäische Union in der Krise" ein, bei der Christian Bruns (Moderator, Mitglied im Vorstand der EUD Brüssel), Botschafter Marek Prawda (Botschafter der Republik Polen bei der EU), Ruth Reichstein (Journalistin und Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament) und Christian Calliess (EU-Kommission, Rechtsberater des European Political Strategy Center, EPSC) über aktuelle Herausforderungen und Wege aus der Krise diskutierten.

Europa befinde sich in einem Dilemma, so die Ausgangsthese von Moderator Christian Bruns: Gemeinsames, solidarisches Handeln sei notwendig, jedoch mit

Rücksicht auf europaskeptische Stimmungen derzeit kaum möglich. Botschafter Prawda zeigte sich angesichts einer zunehmend ideologischen Debatte ebenfalls beunruhigt, verwies aber auch auf eine „Pädagogik der Krise“: „Mit Visionen kommen wir derzeit nicht weiter“, so der polnische EU-Botschafter. Europa entstehe durch Lösungen auf konkrete Herausforderungen. Auch „kleine Erfolge“ müssten geschätzt werden, die EU dürfe sich die Niederlage nicht selbst einreden. Als Beispiele führte er u.a. die neue Bankenaufsicht sowie die Einigkeit im Ukraine-Konflikt an.

Ruth Reichstein stimmte dem Botschafter dahingehend zu, dass nun nicht die Zeit für „pathetische Reden“ sei. Von den Errungenschaften der EU profitierten die Bürger. Bestehende Probleme müssten jetzt schlichtweg angepackt werden, wofür es „politische Entscheidungen“ benötige. Positiv hob sie hervor, dass die EU insgesamt politischer geworden sei, wozu auch die Aufstellung von Spitzenkandidaten für die Europawahl beigetragen habe.



Christian Callies stellte zunächst fest, dass der europäische Binnenmarkt gut funktioniere. Herausforderungen gebe es hingegen im Bereich der gemeinsamen Währung sowie bei der Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Zusammenhang verwies er insbesondere auf den „Bericht der fünf Präsidenten“. Letztlich gehe es darum, einen neuen „Kompromiss zwischen Solidarität und Abgabe von Souveränität“ auszubalancieren.

**★ Europäische Lösung! Keller und Ferber diskutieren mit Brüsseler Praktikanten über der Flüchtlingskrise**

Die Flüchtlingskrise verlangt nach einer europäischen Lösung: Darin waren sich die Abgeordneten Ska Keller und Markus Ferber einig. Die profilierten Europaparlamentarier von Bündnis 90/Die Grünen und der CSU waren am 2. Dezember der Einladung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland (EUD) gefolgt.

Mit über 50 deutschsprachigen Praktikantinnen und Praktikanten aus den EU-Institutionen, Bund- und Ländervertretungen und Verbänden diskutierten sie die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise und

skizzierten mögliche politische Lösungen. Ferber unterstrich die Notwendigkeit zu EU-weiter Kooperation, sah das Europäische Parlament in der Rolle des Schrittmachers und kritisierte die EU-Mitgliedsstaaten für ihre Blockadehaltung in der Flüchtlingskrise. Keller betonte die Bedeutung einer fairen Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten und plädierte für eine bessere Ausstattung der Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten Syriens. Während Keller forderte, das nicht länger funktionierende Dublin-System zu ersetzen, ist es laut Ferber geboten, dem geltenden Recht zur wirksamen Durchsetzung zu verhelfen. Entschlossen lehnten Keller und Ferber



Ausnahmen vom Schengener System der Freizügigkeit ab.

Mit der Mittagsrunde, die der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen ist, möchte der Brüsseler Verband der EUD noch stärker als bisher Praktikantinnen und Praktikanten zur gemeinsamen Diskussion animieren und sie mit unserem Verband bekannt machen. Eine weitere Veranstaltung wird zu Beginn des Jahres folgen.

**★ EUD-Debriefing zum Europäischen Rat mit Botschafter Silberberg**

Auf Einladung der EUD Brüssel fand am 21. Dezember 2015 das De-Briefing zu den Ergebnissen und Hintergründen des Europäischen Rates vom 17./18. Dezember 2015 durch den deutschen Ständigen Vertreter bei der EU in Brüssel statt. Kurz vor der Weihnachtspause stieß der Termin auf großes Interesse. Botschafter Silberberg ging während seines Vortrags insbesondere auf die Themen Migration, geplantes britisches Referendum, Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und TTIP ein. Prof. Frank Hoffmeister führte von Seiten der EUD Brüssel ins Thema ein und moderierte die Veranstaltung. Frau Dr. Christine Wolf begrüßte von seitens der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, in deren Räumlichkeiten die Veranstaltung stattfand. Im Anschluss stellte sich der Botschafter den Fragen aus dem Publikum und vertiefte einzelne Punkte aus seinem Vortrag.

Botschafter Silberberg berichtete, dass Kommissionspräsident Juncker zu Beginn der Beratungen zum Thema Migration Bilanz gezogen habe. Die Umsetzung der

bisherigen Beschlüsse des Europäischen Rates (ER) sei nicht zufriedenstellend: die Hotspots funktionierten noch nicht, die Mitgliedstaaten seien mit der Personalabstellung für FRONTEX in Verzug, beim Thema Relocation seien bislang nur ein „paar hundert Flüchtlinge“ umverteilt worden und das geplante Resettlement sei gar nicht in Gang gekommen. Darauf habe eine Debatte zu dem kurz vor dem Gipfel verabschiedeten Grenzpaket der Kommission gefolgt, das auch von der Bundesregierung begrüßt werde, so Silberberg. Laut der Schlussfolgerungen des ER müsse der Rat noch unter der niederländischen Ratspräsidentschaft Position beziehen und auch das EU-Parlament müsse einbezogen werden. Der deutsche EU-Botschafter stellte fest, dass der Zeitplan sehr ambitioniert, aber machbar sei. Ein weiterer Knackpunkt bleibe die künftige Rolle von Frontex. Einige osteuropäische Mitgliedstaaten hätten Zweifel, ob sie nationale Souveränität bei Grenzkontrollstellen abgeben wollten. Das Thema müsse daher intensiv diskutiert werden, so Silberberg. Deutschlands EU-Botschafter berichtete weiter, dass es auf Einladung Österreichs ein vorgeschaltetes Treffen mit 11 Regierungschefs und der Türkei gegeben habe. Dabei sei die direkte Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei diskutiert worden. Zu einer freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen seien viele Mitgliedstaaten erst dann bereit, wenn „illegale Migration deutlich reduziert“ werde und in legale Migration umgewandelt werden könne.

In die Schlussfolgerungen des Vorsitzes ist zum Thema



Brexit und dem Britischen Referendum die folgende Passage aufgenommen worden: "Der Europäische Rat hat einen politischen Gedankenaustausch über die Pläne des Vereinigten Königreichs für ein Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der Europäischen Union geführt. Im Anschluss an die substanzielle und konstruktive Aussprache von heute Abend sind die Mitglieder des Europäischen Rates übereingekommen, eng zusammenzuarbeiten, um auf der Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Februar 2016 für alle Seiten zufriedenstellende Lösungen in allen vier Bereichen zu finden." Botschafter Silberberg erläuterte dazu: Premierminister David Cameron habe nochmals einen Situationsbericht gegeben und dafür geworben, dass die britischen Anliegen auf politischer Ebene „ernst genommen werden“, so zitiert Silberberg den britischen Premier. Insgesamt hätten beide Seiten, d.h. Premier Cameron und die übrigen 27 Staats- und Regierungschefs, gegenseitiges Verständnis gezeigt, so der Eindruck Silber-

bergs. Nach Einschätzung des Botschafters gebe es für vier der fünf britischen Forderungen im Europäischen Rat Verständnis. Keine Bereitschaft zum Entgegenkommen wurde dem britischen PM hingegen beim Thema Zugang zu Sozialleistungen / Diskriminierung von EU-Bürgern signalisiert. Dies sei auch die „rote Linie“ der Bundeskanzlerin Angela Merkel, so Silberberg. Beim nächsten EU-Gipfel am 18./19. Februar 2016 solle ein „Paket“ verabschiedet werden, um das Referendum im Vereinigten Königreich noch vor der Sommerpause vorzubereiten. In der britischen Presse wird davon ausgegangen, dass das Referendum in Juni 2016 stattfindet.

Botschafter Silberberg stellte klar, dass das so genannte „5-Präsidenten-Papier“ zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion von einer Reihe von Mitgliedsstaaten als Grundlage für weitere Arbeiten betrachtet werde. Für die Bundesregierung sei das Papier allerdings nur einer von verschiedenen Vorstößen. Der Europäische Rat habe das Papier nie formell angenommen. Ein Knackpunkt beim Thema WWU sei das Thema Einlagensicherung gewesen. Die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung werde von Deutschland nicht unterstützt, so Silberberg. Erst müsse Klarheit über die Risiken in den Bankenbilanzen geschaffen werden. Erst wenn diese erkannt und gegebenenfalls abgebaut seien, könne über weitere Schritte nachgedacht werden, so der deutsche EU-Botschafter.

Botschafter Silberberg sieht durchaus Möglichkeiten, dass TTIP noch in der Amtszeit des jetzigen US-Präsident Barack Obama unter Dach und Fach zu bringen. Silberberg bewertete es als ein durchaus positives Zeichen, dass zu dem neuen Vorschlag von Seiten der EU zur Streitbeilegung in Investitionsfragen aus Washington bislang kein „klares Nein“ gekommen sei. Weiterhin gehöre die gegenseitige Anerkennung von Standards, bei denen die EU-Kommission federführend sei, zu den schwierigsten Verhandlungsthemen.

#### ★ A very merry Christmas

Am 17. Dezember 2015 veranstalteten die Union der Europäischen Föderalisten (UEF) und die Europa-Union Brüssel (EUD) ihre traditionelle gemeinsame Weihnachtsfeier im Café Maxburg. Die frühlingshaften Brüsseler Temperaturen taten der Stimmung keinen Abbruch: Bei Glühwein und Flammkuchen begrüßten der Vorsitzende der Europa-Union in Brüssel, Michael Köhler und der Generalsekretär der UEF, Paolo Vacca die rund 60 Mitglieder und Freunde der beiden seit langem verbundenen Organisationen und ließen die europapolitischen Herausforderungen des scheidenden Jahres Revue passieren. Anschließend bot sich in weihnachtlicher Atmosphäre die Gelegenheit für viele unterhaltsame Gespräche und den europapolitischen Austausch vor der Winterpause.

## Gastbeiträge unserer Mitglieder

★ "Therefore I say to you: let Europe arise! " – oder mit anderen Worten, irte Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich? von Ralf Bingel

Die Antwort auf die im Titel gestellte Frage fällt nicht leicht und vor allem fällt sie heute, fast siebzig Jahre nach dem Redevortrag des damaligen britischen Oppositionsführers, Winston Churchill, der in der Schweiz zusammen mit seiner Frau und Tochter einfach etwas ausspannen wollte, nicht eindeutig aus.

Gehen wir daher ein wenig systematisch vor. Unter VI. Vereinigtes Königreich, Punkt 20 hat die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der EU am 17. und 18. Dezember 2015 folgende Schlussfolgerungen angenommen: „Der Europäische Rat hat einen politischen Gedankenaustausch über die Pläne des Vereinigten Königreichs für ein Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der Europäischen Union geführt. Im Anschluss an die substanzielle und konstruktive Aussprache von heute Abend sind die Mitglieder des Europäischen Rates übereingekommen, eng zusammenzuarbeiten, um auf der Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Februar 2016 für alle Seiten zufriedenstellende Lösungen in allen vier Bereichen zu finden.“



Wir stehen also kurz vor „zufriedenstellenden Lösungen“, in vier Bereichen, die bereits im Februar das Licht der Welt erblicken sollen. Doch welche Bereiche sind das? In seinem am 10. November 2015 an den Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk gesandten Brief nennt der amtierende britische Premierminister David Cameron die wirtschaftspolitische Steuerung, die Wettbewerbsfähigkeit, die Souveränität und die Einwanderung als Hauptthemen. Zu erwarten,



ten, dass der Europäische Rat angesichts der aktuellen Ereignisse und Herausforderungen zu „zufriedenstellenden Lösungen“ kommen wird erscheint sehr ambitioniert, um nicht zum jetzigen Zeitpunkt eindeutigere Formulierungen zu wählen. Die Süddeutsche Zeitung fasst Camerons Forderungen folgendermaßen zusammen: „Er will durchsetzen, dass Großbritannien Einwanderern aus EU-Ländern in den ersten vier Jahren bestimmte Sozialleistungen verweigern darf. Außerdem geht es um eine Zusicherung, dass Staaten wie Großbritannien, die nicht den Euro eingeführt haben, in der EU nicht gegenüber Euro-Ländern benachteiligt werden.“

Überdies fordert der Premier, dass die Wirtschaft der EU wettbewerbsfähiger werde. Überflüssige Regulierung müsse gestrichen werden. Viertens soll Großbritannien nicht mehr an das Ziel in den EU-Verträgen gebunden sein, dass die Staaten auf eine immer engere Union zuarbeiten.“

Ich werde mich in diesem Beitrag nur mit dem Bereich der Souveränität befassen. Cameron wendet sich in seinem Brief nicht nur gegen den in den Verträgen genannten Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, von dem er schreibt, dass dieser Vertragsbestandteil nicht mehr für das Vereinigte Königreich gelten soll und zwar auf eine formale, rechtsverbindliche und vor allem unumkehrbare Art und Weise. Es gehört wenig Phantasie dazu festzustellen, dass Cameron hier eine Vertragsänderung anspricht, die bereits in ihrer bestehenden Form einen Kompromiss darstellt zwischen dem damaligen deutsch-französischen Wunsch nach einer Verankerung des Ziels des europäischen Föderalismus und den Vorstellungen des Vereinigten Königreichs, das seinerzeit eine Bedrohung der nationalen Souveränität befürchtete, die bisher nicht eingetreten ist.

Die Europa-Union Deutschland hat sich in ihrem Grundsatzprogramm (Düsseldorfer Programm) vom 28. Oktober 2012 mit überwältigender Mehrheit für das Ziel eines europäischen Bundesstaates ausgesprochen. Das sei das Ziel des 21. Jahrhunderts. Bei unserem Bundeskongress in Memmingen am 26. April 2015 sind wir dabei zu der Erkenntnis gekommen, dass „die Schaffung eines europäischen Bundesstaats (...) in mehrerlei Hinsicht gegenseitige Solidarität abverlangen (wird).“ Es gibt keinen Grund, dieses Ziel aufzugeben. Im Gegenteil, die aktuellen Ereignisse in Europa verlangen gemeinsame Entscheidungen der Mitgliedstaaten, die auch von allen gemeinsam getragen und um- und durchgesetzt werden müssen. Mitgliedstaaten, die hier Hilfe benötigen, müssen dabei von anderen unterstützt werden. Das ist der verständliche Wunsch der Bürgerinnen und Bürger Europas. Die Gemeinschaftsmethode, bei der die Europäische Kommission bei der Rechtsetzung der Europäischen Union das alleinige Initiativrecht besitzt, der Rat der Europäischen Union meistens mit qualifizierter Mehrheit abstimmt, das Europäische Parlament in die Gesetzgebung einbezogen ist und die Mitgliedstaaten die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen umsetzen, ist die Lösungsmöglichkeit. Wieviel die intergouvernemental getroffenen Entscheidungen wirklich wert sind, zeigt sich augenscheinlich allen Bürgerinnen und Bürgern Europas, die das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Beteiligten immer stärker und nicht zu Unrecht in Zweifel ziehen. Doch zurück zu den Fragen der Souveränität. Cameron möchte erreichen, dass nationale Parlamente unliebsame Rechtsakte in Zukunft verhindern können. Wie das ohne eine Schwächung des Europäischen Parlaments von statten gehen soll, bleibt das Geheimnis des Premierministers und soll es auch bleiben. Notwendig wäre stattdessen, dass es in den nationalen Parlamenten eine viel stärkere Beschäftigung mit Fragen der Europäischen Union gibt und auch die

Kontakte zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament erweitert werden. Hier bieten sich exzellente Betätigungsmöglichkeiten für die von der Europa-Union initiierten Parlamentariergruppen. Schon etwas befremdlich und nicht auf der Höhe der Zeit mutet in diesem Teil des Briefes an, dass z.B. die nationale Sicherheit in der alleinigen Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben solle. Gerade die aktuelle Situation ist der Beweis dafür, dass Sicherheit im althergebrachten Sinne bereits seit langer Zeit nicht mehr unter alleiniger nationalstaatlicher Kontrolle existiert und ohne eine europäische und internationale Kooperation für die Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleistet werden kann. Gerade hier ist entschieden mehr Kooperation nötig, wenn wir unser Gesellschaftssystem sichern und bewahren wollen. Hier irrt Cameron. Churchill war nach den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges bereits 1946 weiter. Dahinter dürfen wir fast siebzig Jahre später nicht zurückfallen. Doch die eingangs gestellte Frage lautete ja nicht, ob der amtierende Premierminister irrt, sondern ob der damalige Oppositionsführer irrte. Leider lautet aus heutiger Sicht auch diese Antwort ja, aber nur teilweise, was die Rolle des Vereinigten Königreiches betraf. Das ist aber verzeihlich angesichts der damaligen Situation, für die es einen Weg aufzuzeigen galt, der den Menschen Hoffnung machte auf eine bessere Zukunft. Das ist es, was wir von den politischen Entscheidungsträgern erwarten, ja verlangen dürfen. Dafür wurden sie gewählt in allen Mitgliedstaaten der EU. Die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft Europas, nicht an kurzfristigen Partikularinteressen orientieren und auf Wahlperioden ausgerichtet zu betreiben, sondern darauf zu setzen, dass das europäische Einigungswerk auch in Zukunft eine reale Chance bietet, die schwierigen Probleme, sei es im Bereich des weltweit agierenden Terrorismus, der Klimaerwärmung oder des Umweltschutzes, bewältigen zu können, bleibt die Aufgabe. Wir müssen mehr Europa wagen, wenn wir erfolgreich sein wollen, und uns der liebenswerten Herausforderung Europa stellen.

*Ralf Bingel ist Mitglied des Präsidiums der des Bundesverbandes der Europa-Union Deutschland*



### ★ Lehren aus der Griechenlandkrise: Für eine Rückbesinnung auf die Ziele der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von Gerhard Stahl

Die "Griechenlandtragödie" im Rahmen der Eurokrise zeigt auch das Versagen der deutschen Politik. Die politische Einigung auf das dritte griechische Hilfsprogramm in letzter Minute darf nicht als Bestätigung der Austeritätspolitik gesehen werden. Zur Sicherung der langfristigen deutschen Interessen ist eine Rückbesinnung auf die Ziele der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) notwendig. Dies erfordert einen Politikwechsel. Für viele Beobachter außerhalb der Europäischen Union ist es kaum verständlich, dass die wirtschaftlichen Probleme eines kleinen Landes, welches nur 1,2 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung repräsentiert, die europäische Politik seit Monaten in Atem hält. Im Kern geht es um die Frage, welche Interpretation der Wirtschafts- und Währungsunion sich durchsetzt. Bleibt es bei der Betonung der nationalen Verantwortung auch für die ökonomischen Sachverhalte, die sich in der EWWU der nationalen Kontrolle entzogen haben oder wird eine europäische Mitverantwortung und Solidarität akzeptiert, die über rückzahlbare Kredite hinausgeht. Die EWWU ist das Kernstück, des bisherigen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses. Sie ist ein politisches Projekt zur Stärkung des Zusammenhaltes und zur Sicherung der europäischen Position im internationalen Wettbewerb. Die Lösung der Eurokrise ist der Gradmesser dafür, ob es den europäischen Staaten gelingt, sich gemeinsam dem internationalen Wettbewerb zu stellen und die Möglichkeiten des Euro als der zweitgrößten internationalen Reservewährung, zu nutzen.

Auf den ersten Blick könnte die Einigung auf das dritte griechische Hilfsprogramm als Bestätigung für die bisherige Euro-Krisen-Politik gesehen werden. Kredite für Griechenland im Umfang von bis zu 86 Milliarden Euro wurden vereinbart, unter der Bedingung der Umsetzung eines strengen ökonomischen Anpassungs- und Austeritätsprogramms. Für einen Schuldenerlass gab es (noch) keine Zustimmung. Diese Einigung hat damit die Interpretation des deutschen Finanzministers erst einmal bestätigt, dass eine Staatsschuldenkrise, auch in der EWWU, eine rein nationale Verantwortung ist.

Die Konflikte zum dritten griechischen Hilfsprogramm und die mühsam erzielte Einigung zeigen allerdings, dass dieser Beistandsmechanismus für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion nicht ausreicht. Viele einschließlich des IWF zweifeln, ob Griechenland die bisherigen Kredite von 320 Milliarden Euro durch weitere Sparmaßnahmen, Privatisierungseinnahmen und Strukturreformen in Zukunft wirklich zurückzahlen kann. Außerdem gibt es zunehmend Kritik an den sozialen Folgen dieser Politik. Entspricht dies noch dem europäischen Gesellschaftsmodell und der sozialen Marktwirtschaft, welche die Grundlage des EU-Vertrages ist? Es gibt einen systematischen Widerspruch zwischen einer

Wirtschafts- und Währungsunion, die das Ziel hat nationale Grenzen für wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten zu beseitigen und Europa als Ganzes zu bauen und der Festschreibung nationaler Verantwortung. Wenn Staaten ihre Eingriffsmöglichkeiten durch Souveränitätsübertragung auf die europäische Ebene verlieren, dann muss auch ihre Verantwortung angepasst werden. Außer der EWWU existiert keine Wirtschafts- und Währungsunion, die nicht substantielle Transfers zwischen den einzelnen Teilen vorsieht. Ob durch zentralstaatliche Programme im Rahmen der Sozialpolitik, durch Infrastrukturmaßnahmen, ob durch Finanzausgleich oder durch einen Steuerverbund. In der EU sind die europäischen Strukturfonds, als einzig verfügbares Instrument gemeinschaftlicher Solidarität, mit einem Umfang von 0,3 Prozent des BIP nicht ausreichend.

Wie bescheiden dieses europäische Solidaritätsinstrument ist, zeigt sich im Vergleich zu dem Beitrag den Staaten für die internationale Solidarität aufwenden. Für Entwicklungshilfe geben etwa Schweden 1,1 Prozent,

Großbritannien 0,7 Prozent und die Bundesrepublik immerhin noch 0,4 Prozent des BIP aus. Für die Weiterentwicklung der EWWU ist es unvermeidlich zusätzliche Finanzinstrumente aufzubauen. Erste Vorschläge liegen durch den Bericht der fünf

Präsidenten der EU-Institutionen zur Weiterentwicklung der EWWU auf dem Tisch. Auch der französische Präsident François Hollande hat im Anschluss an die Einigung über das dritte griechische Hilfsprogramm Vorschläge vorgelegt. Sie beinhalten eine Wirtschaftsregierung, eine parlamentarische Kontrolle und einen eigenen Haushalt der Euro-Zone.

Die Bundesregierung sollte bei den anstehenden Beratungen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion ihre Position ändern und die Vorschläge von François Hollande, als Basis für eine gemeinsame deutsch-französische Initiative aufgreifen. Auch bei der Umsetzung des dritten griechischen Hilfsprogramms und notwendigen Verhandlungen über die griechische Schuldentragfähigkeit sollte die Position des Hardliners aufgegeben werden. Für die deutsche Wirtschaft, welche einen strukturellen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den europäischen Partnern aufweist, ist die europäische Unterstützung von wirtschaftlich schwächeren Ländern und Regionen von besonderem Interesse. Das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell lässt sich nur in einer langfristig stabilisierten EWWU weiter führen. Dafür ist ein zusätzliches Finanzinstrument notwendig, welches in Schwierigkeit geratene Euro-Staaten nicht nur Kredite gewährt, sondern begrenzte, an wirt-

schaftspolitische Bedingungen gebundene, Finanztransfers ermöglicht.

Dieser Gastbeitrag ist ein Auszug aus einem Beitrag von Professor Gerhard Stahl, erschienen in *Internationale Politik und Gesellschaft*. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter: <http://eud-bruessel.de/url/1>

*Gerhard Stahl ist Professor an der Peking Universität HSBC Business School und seit 2013 Gastprofessor am Europa-Kolleg in Brügge. Vorher hat er viele Jahre als EU-Beamter gearbeitet. Während der Einführung des Euro war er stellvertretender Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währung.*



### ★ Vorstandswahlen in der EUD Brüssel

Am 3. September 2015 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union (EUD Brüssel) statt, bei der neben der Entlastung des alten Vorstands auch Neuwahlen eines neuen Vorstands für die kommenden zwei Jahre auf der Tagesordnung standen. Der Vorsitzende der EUD Brüssel, Dr. Michael Köhler, dankte zunächst der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU für die Gastfreundschaft. Darüber hinaus dankte er allen Partnern und Beteiligten der beiden zurückliegenden Jahre, ohne deren Unterstützung die zahlreichen Aktivitäten der EUD Brüssel in dieser Form nicht möglich gewesen wären.

Mit Blick auf die aktuelle politische Verfassung Europas äußerte sich der Vorsitzende der EUD Brüssel besorgt: Die schwerwiegenden Probleme, mit denen Europa rund um Griechenland und die Migrationsfrage kämpfte, zeigten, dass grundlegende Prinzipien des europäischen Einigungswerks – der Respekt des gemeinsamen Rechtsbestands und der Grundsatz der Solidarität – offenbar nicht mehr außer Frage stünden. Vor diesem Hintergrund sei die Europa-Union mehr denn je gefordert, sich für ein Europa der Bürger und der Bürgerbeteiligung, der Solidarität, des Rechts und der Werte einzusetzen.



Hinsichtlich der Aktivitäten der EUD Brüssel zog Michael Köhler eine positive Bilanz: Neben einem stetig wachsenden Interesse an den zahlreichen Veranstaltungen hob er insbesondere die stabile Mitgliederentwicklung, die aktive Vorstandsarbeit sowie die solide Finanzlage des Brüsseler Verbands hervor. Gleichzeitig ermutigte er die anwesenden Mitglieder, sich (weiterhin) aktiv in die Arbeit der EUD Brüssel einzubringen.

Bei den anschließenden Wahlen des neuen Vorstands wurden auf zwei Jahre gewählt: Dr. Michael Köhler (Vorsitzender), Anne Lauenroth (Stv. Vorsitzende), Georg Becker (Stv. Vorsitzender), Ralf Diemer (Schriftführer), Gert Jauernig (Schatzmeister), Christian Bruns, Christoph Fuchs, Melissa Günnewig, Benjamin Hartmann, Dr. Frank Hoffmeister, Juliane Rinas, Philipp Rosset und Julia Strunk. Dem erweiterten Vorstand wird auch künftig Ralf Bingel angehören, der als Mitglied der EUD Brüssel bereits im Frühjahr erneut ins Präsidium des EUD-Bundesverbands gewählt wurde.

#### ★ 5 Fragen an... JULIANE RINAS

1. In Brüssel bin ich seit April 2014.

2. Der Europa-Union bin ich beigetreten, um die europäische Idee in die Köpfe und Herzen der Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Ich möchte junge Menschen für Europa begeistern.



3. Europa bedeutet für mich, (in) Vielfalt zu leben. Ich habe in vier europäischen Ländern studiert und gearbeitet und bin dankbar für die Erfahrungen, die ich dabei gesammelt habe. Europa ist eine Friedensunion, die uns viele Freiheiten bietet. Es lohnt sich, für sie einzutreten!

4. Mein Wunsch an Europa: Lasst uns in Europa wieder besser zusammenfinden und die vielen Herausforderungen mit gemeinsamer Kraft meistern! Wir dürfen nicht in nationalstaatliches Nebeneinander zurückfallen – dafür steht zu viel auf dem Spiel!

5. Mein Tipp in Brüssel: Statt Pommes und Pralinen: Das äthiopische Restaurant „Toukoul“ (Rue du Marronnier 1; 1000 Bruxelles) – köstliches Essen in rustikal-exotischem Ambiente.

*Juliane Rinas arbeitet an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Schwerpunkt: Beziehungen zum Europäischen Parlament.*

#### ★ Termine und Terminplanung

Im Anschluss an die Sitzung des europäischen Rates im Februar werden wir wieder ein **Debriefing** durchführen. Die Einladung erhalten Sie rechtzeitig.

Am 9. April werden wir - vor allem für Praktikantinnen und Praktikanten - eine **Fahrt nach Ypern** anbieten. Näheres in Kürze auf unserer Website. Ebenfalls in der Planung ist **eine Fahrt zu SHAPE**.

Am 16. und 17. April findet der **Bundeskongress der Europa-Union in Dresden** statt. Wenn Sie Interesse an der Teilnahme haben, so nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Am 8. Dezember findet in Berlin ein **Festakt 70 Jahre Europa-Union Deutschland** statt, am 9. Dezember ist in Syke die **Jubiläumsfeier** am Gründungsort der Europa-Union Deutschland.

Unsere Homepage hält Sie auf dem Laufenden.

#### ★ Mitteilungen

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2016 werden in Kürze versandt werden. Wenn Sie Ihren Beitrag für das Jahr 2015 noch nicht entrichtet haben, so freuen wir uns über Ihre Überweisung.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

#### ★ Impressum

Europa-Union Deutschland - Verband Brüssel  
c/o UEF  
Square de Meeûs 25 · B - 1000 Brüssel  
Fax: 02 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
[www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)  
[www.facebook.com/EUD-Bruessel](https://www.facebook.com/EUD-Bruessel)

**Redaktion:** Christoph Fuchs, Georg Becker  
Redaktionsschluss: Januar 2016

#### Bankverbindung:

IBAN: BE91 3630 2012 1476  
BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Beiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Christoph Fuchs wenden unter [christoph.fuchs@europarl.europa.eu](mailto:christoph.fuchs@europarl.europa.eu)